

VPOD - Bern Kanton.

100'000er-Initiative deutlich bachab

Die Volksinitiative „100'000 Franken sind genug“ wurde am 25. September 1988 von den Berner Stimmbürgerinnen und -bürgern mit 71,6 Prozent Nein-Stimmen ausserordentlich deutlich verworfen: 114'443 Nein- und 45'349 Ja-Stimmen, Stimmbeteiligung rund 24 Prozent. Die Initiative wollte die Bruttobesoldungen der Mitglieder des Regierungsrates, der Behördenmitglieder und des Personals der bernischen Staatsverwaltung radikal auf höchstens 100'000 Franken limitieren,

Die Initiative, Ausfluss der bernischen Finanzaffäre, hätte auch die unter dieser Grenze liegenden Besoldungen tangiert, stark in das Lohngefüge der Verwaltung, Schulen, Spitäler, Heime und so weiter eingegriffen, die Konkurrenzfähigkeit des Kantons am Arbeitsmarkt vollständig ausgeschaltet und voraussichtlich Nachahmer in anderen Kantonen, bei Gemeinden, beim Bund und schliesslich auch in der Privatwirtschaft gefunden. Der Gewerkschaftsbund des Kantons Bern und die ihm angeschlossenen Verbände haben sich gegen die Initiative gewehrt.

Für den Kanton Bern ist nun der Weg frei, die längst fällige Reallohnerhöhung durchzuführen. Die Besoldungen des bernischen Staatspersonals und der Lehrerschaft wurden letztmals 1973 real angepasst. Die Stimmbürgerinnen und -bürger sind nicht auf die billige Initiative mit völlig ungerechtfertigten Auswirkungen hereingefallen und haben eine gerechte Entlohnung des bernischen Personals befürwortet. Der Abstimmungsausgang hat die Stellung der Gewerkschaften für die kommende Lohnrunde gestärkt. Regierung und Grosser Rat des Kantons Bern werden gut daran tun, die Besoldungen rasch und angemessen zu erhöhen und zusätzlich die Lohnschere zwischen tiefsten und höchsten Besoldungen zu verkleinern.

Markus Angehrn.

Der öffentliche Dienst, 28.10.1988.

Personen > Angehrn Markus. 100000.- sind genug. Abstimmung. OeD, 1988-10-28